

WER STEHT FÜR WELCHE POLITIK?

Wo soll man am 14. Oktober das Kreuzchen machen, wenn man eine Politik unterstützen will, die sich für die Bewahrung unserer Lebensgrundlagen einsetzt? Der BUND Naturschutz ist parteipolitisch neutral und gibt deshalb keine Wahlempfehlung. Aber wir haben für Sie die Umweltprogramme der Parteien analysiert und bieten Ihnen als Service für Ihre Wahlentscheidung hier die wichtigsten Informationen im Überblick.

CSU

Die CSU hatte bei Redaktionsschluss noch kein Programm für die Landtagswahl veröffentlicht. Wir haben uns deshalb den »Bayernplan«, das Programm für die Bundestagswahl, angesehen.

Im Verkehrsbereich sieht der »Bayernplan« weiterhin hohe Investitionen vor, wobei der Erhalt Priorität vor dem Neubau haben soll. ÖPNV und Radverkehr sollen gefördert werden. Dieselfahrverbote in Innenstädten lehnt die CSU ab. Stattdessen soll die E-Mobilität gestärkt werden.

Zur Energiewende heißt es: »Energieversorgung in Bürgerhand ist eine wichtige Grundlage für die Akzeptanz der Ener-

giewende.« Übertragungsnetze sollen zügig ausgebaut werden. Zur 10H-Regelung findet sich keine Aussage. Bei der Förderung Erneuerbarer Energien strebt die CSU einen Systemwechsel an, hin zu mehr Markt und Wettbewerb.

Traditionell präsentiert sich die CSU als Sprachrohr der Landwirtschaft. Die bäuerliche Landwirtschaft soll gefördert werden, konkrete Maßnahmen werden jedoch nicht benannt. Gentechnik auf bayerischen Feldern lehnt die CSU weiterhin ab. Im Naturschutz spricht sie sich gegen neue Großschutzgebiete und allgemein geltende Schutzvorschriften aus.

sondern in öffentlicher Hand bleiben. Die Europäische Wasserrahmenrichtlinie soll umgesetzt werden.

Im Bereich Landwirtschaft ist eine nachhaltige Produktion mit Schutz von Wasser, Boden, Klima und Artenvielfalt das Ziel. Die Konzentration auf immer weniger Großbetriebe soll gestoppt werden. Die Lockerung des Anbindergebots lehnt die SPD ab. Sie spricht sich für die Einrichtung eines dritten Nationalparks in Bayern und den Schutz des Riedberger Horns aus. Die illegale Tötung geschützter Tiere soll strenger als bisher bekämpft werden.

Bayern SPD

Die SPD spricht sich für ein Klimaschutzgesetz, eine naturverträgliche Landwirtschaft und einen umweltfreundlichen, bezahlbaren Öffentlichen Nahverkehr aus.

Den Umstieg auf 100 Prozent Erneuerbare Energien will die SPD bis 2035 geschafft haben. Dafür sieht sie den Ausbau der Stromnetze als notwendig an. Ein Sonderförderprogramm für energetische Gebäudesanierung soll aufgelegt werden. Die 10H-Regelung wollen die Sozialdemokraten abschaffen.

Die Wasserversorgung soll nach dem Willen der SPD nicht privatisiert werden,

DIE THEMEN ARBEIT UND SOZIALES SIND DER SCHWERPUNKT DES WAHLPROGRAMMS DER BAYERISCHEN SOZIALDEMOKRATEN.

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

»ZUKUNFTSORIENTIERTES WIRTSCHAFTEN GIBT ES NUR, IM EINKLANG MIT DER NATUR.«
BETONEN DIE GRÜNEN IN IHREM PROGRAMM FÜR DIE LANDTAGSWAHL.

Die Grünen betonen als Initiator des Volksbegehrens »Betonflut eindämmen« die Notwendigkeit, den Flächenverbrauch in Bayern einzudämmen. Zudem wollen sie dem Naturschutz in der Politik mehr Gewicht geben. Dazu möchten sie ein Artenschutzgesetz verabschieden, mindestens einen weiteren Nationalpark einrichten und die europäischen Schutzgebiete Natura 2000 zu einem Biotopverbund ausbauen. Bis 2030 wollen die Grünen Strom zu 100 Prozent aus Erneuerbaren Energien produzieren und den Verbrauch senken. Angestrebt wird eine dezentrale Stromerzeugung in

Bürgerhand mit modernen Stromnetzen und -speichern. Der Verkehr soll neu organisiert werden mit dem Ziel, in den nächsten zehn Jahren die Fahrgastzahlen im ÖPNV zu verdoppeln. Gütertransporte sollen soweit möglich auf die Schiene verlegt werden.

Die Grünen streben eine ökologisch nachhaltige, bäuerliche, tiergerechte Landwirtschaft an. Bis 2025 sollen 30 Prozent der Agrarfläche in Bayern ökologisch bewirtschaftet werden. Die Notwendigkeit besserer Haltungsbedingungen für Tiere wird betont. In der Forstwirtschaft betonen die Grünen das Prinzip »Wald vor Wild«.

FREIE WÄHLER

DIE FREIEN WÄHLER SIND STARK IN DER KOMMUNALPOLITIK VERANKERT. DEMENTSPRECHEND VIEL GEWICHT HAT FÜR SIE DAS MOTTO »GLOBAL DENKEN, REGIONAL HANDELN.«

Die öffentliche Daseinsvorsorge wollen die Freien Wähler in kommunaler Hand sehen, regionale Kreisläufe sollen gestärkt werden.

Im Energiebereich soll die regionale Versorgung aus Erneuerbaren Energien gestärkt werden (»Bürgerenergieende«). Die großen Stromtrassen SuedLink und SuedostLink lehnen die Freien Wähler ab.

Regionale Kreisläufe und Direktvermarktung wollen sie auch in der Landwirtschaft fördern. Leitbild ist die bäuerliche Landwirtschaft in Familienhand. Dafür hat sich die Partei den Kampf gegen marktbeherrschende Strukturen im Le-

bensmitteleinzelhandel, der Schlachthofbranche und der Lebensmittelindustrie auf die Fahnen geschrieben.

Das FW-Wahlprogramm betont die Bedeutung von Lebensgrundlagen wie Wasser, Luft und Boden. Zu deren Schutz werden mehrere konkrete Maßnahmen vorgeschlagen, zum Beispiel der Schutz des Wassers vor Schadstoffeinträgen, Pkw-Nachrüstung auf Kosten der Autoindustrie oder der Erhalt von Grünflächen und Frischluftschneisen in den Städten.

Der ÖPNV soll in Stadt und Land ausgebaut und besser mit dem Radverkehr vernetzt werden.

Freie Demokraten

DIE FREIEN DEMOKRATEN BETONEN DIE BEDEUTUNG DER WIRTSCHAFT UND SPRECHEN SICH FÜR EINE MÖGLICHT GERINGE STAATLICHE REGULIERUNG AUS.

Die Bildungspolitik nimmt im Wahlprogramm der FDP breiten Raum ein. Nachhaltigkeit und Naturschutz führt das Wahlprogramm nur knapp im Kapitel »Ein unkomplizierter Freistaat« auf.

Damit die Wirtschaft weiterhin wachsen kann, wird eine möglichst hohe Recyclingquote angestrebt. Das Thema »Flora und Fauna schützen« handelt das Wahlprogramm auf wenigen Zeilen ab, ohne konkrete Vorschläge zu machen.

Die Änderung des Alpenplans und die Lockerung des Anbindergebots lehnt die FDP ab. Flächenschutz soll durch Nachverdichtung und verstärktem »in die Höhe

Bauen« erreicht werden. Deutschland soll seine Klimaschutzziele durch Effizienz, Reduktion und Speicherung erreichen. Für eine Senkung des CO₂-Ausstoßes soll ein Zertifikatehandel sorgen. Den Umstieg auf Erneuerbare Energien will die FDP mit einer Forschungsinitiative für Speichertechnologien und smarte Netze vorantreiben. Die im EEG festgelegte Einspeisevergütung soll für Neuanlagen abgeschafft werden.

Landwirte sieht die FDP vor allem als Unternehmer. Von regionalen Kreisläufen ist nicht die Rede, dafür von der »Erschließung interessanter Zielmärkte«.

DIE LINKE.

»MEHR FÜR DIE MEHRHEIT« HEISST DAS WAHLPROGRAMM DER BAYERISCHEN LINKEN. IHR SCHWERPUNKTTHEMA IST SOZIALE GERECHTIGKEIT.

Dementsprechend heißt es darin: »Eine nachhaltige Umwelt-, Verkehrs- und Energiepolitik kann nur gelingen, wenn die Politik insgesamt darauf ausgerichtet ist, Armut zu bekämpfen.«

So soll Mobilität künftig für alle Menschen besser möglich sein durch mehr Unterstützung für Fußgänger, Radfahrer und den ÖPNV.

Die Linke sieht die Notwendigkeit eines Umstiegs in der Wirtschaft hin zu Erneuerbaren Energien und Klimaschutz. Dafür nennt das Programm viele konkrete Überlegungen, zum Beispiel einen Atomausstieg bis 2020, einen Kohleausstieg

bis 2035, ein 10.000-Häuser-Programm für energetische Gebäudesanierung, ein Klimaschutzprogramm »Bayern 2050« oder die Besteuerung von Kerosin.

Das Wahlprogramm betont den »Eigenwert der Natur«. So sollen in Bayern zwei weitere Nationalparks und weitere Schutzgebiete entstehen. Das Programm enthält außerdem konkrete Maßnahmen zum Gewässerschutz. In der Landwirtschaft sollen der Ökolandbau und umweltverträgliche Produktionsformen gestärkt werden.

Die Linke will weg von der profitorientierten Bewirtschaftung der Staatswälder.

Rückseite

ödp

DIE ÖDP BETONT IN IHREM WAHLPROGRAMM DIE NOTWENDIGKEIT NACHHALTIGER WIRTSCHAFT UND EINER ABKEHR VOM WACHSTUMSZWANG.

Dafür will sie sich unter anderem für eine regionale, auf erneuerbare Quellen setzende Energiewirtschaft in Bürgerhand sowie für eine Eindämmung des motorisierten Individualverkehrs stark machen. Der ÖPNV soll ausgebaut und verbessert werden, die Schiene Vorrang vor der Straße haben.

Die Landwirtschaft möchte die ödp vom Zwang des »Wachsen oder Weichens« befreien. Regionale Wirtschaftskreisläufe sollen gestärkt werden. Die ökologischen Demokraten unterstützen das Volksbegehren gegen Flächenfraß. Sie möchten durch eine Reform von Bau-

planung und Bauordnung den Flächenverbrauch eindämmen. Im Bereich Naturschutz soll der Bestand an Schutzgebieten erhalten und Biotope besser vernetzt werden. Aus der Kohleverstromung will die ödp bis 2022 aussteigen. Für die Windkraft sollen Vorranggebiete ausgewiesen werden.

Großes Ziel der ödp ist eine Gemeinwohlökonomie, also ein völlig anderes Wirtschaftssystem als das bisherige. Sie beurteilt viele Freihandelsabkommen wie TTIP oder CETA kritisch und betont stattdessen die Notwendigkeit fairer Handelsbedingungen.